



Wir zählen das Jahr 2004. „Linke“ in Deutschland sind unzufrieden. Mal wieder. Ein paar, die eben noch mitgemacht haben bei der Scheisse, sind auch unzufrieden, weil die noch über ihnen Stehenden was anderes machen als sie gut finden. Da entdecken sie flugs ihre Nähe zu sozialen Bewegungen, waren immer schon bei den Protesten auf der Strasse dabei und sind somit die natürlichen neuen Eliten einer neuen ... ja, unglaublich, schon wieder? ... einer neuen Partei. Was in kleinen Regungen auf regionaler Ebene anfang mit flotten oder abgedroschenen Parolen, mehr oder weniger langweiligen Programmen und den immer schnell auftretenden Eliten, die im Namen aller sprachen (siehe z.B. die Hamburger Regenbogen-Partei), hat jetzt eine bundesdeutsche Dimension:

Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit.

Und schon jetzt ist zu sehen, was klar war: Die neue Gruppe wird im Hurra-Stil alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen und sich als Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegung in Szene setzen. Die vielen Menschen in Gruppen und Projekten sind nur der fotogene Hintergrund – und viele werden sogar noch stolz sein auf ihre Rolle, endlich zu einem von Medien wichtiggenommenen Projekt zu gehören. Attac war ein bißchen Vorbild für diese Strategie, die Wahlalternative aber wird deutlich darüber hinausgehen, die instrumentelle Herrschaft deutlich zuspitzen und das, was soziale Bewegung in den bundesweiten Medien ausmacht, auf wenige Personen zusammendampfen. Genau aus diesem Grunde ist die Attac-Führung auch wenig glücklich über das Projekt. Nicht, weil die staatsfestsichlichen Inhalte oder die parlamentarische Ausrichtung, die zentrale Führung und die Vereinnahmung von Bewegung den Attac-Eliten zuwider wären. Nein – ihre eigene Stellung ist in Gefahr, wenn jemand Neues sie ablöst als selbsternanntes Sprachrohr von Bewegung. Sehr schnell könnte die Wahlalternative Attac verdrängen von den Podien, Talkshows und Titelseiten der Zeitungen. Besser wird es dadurch nicht. Emanzipatorisch wäre beides nicht. Die Wahlalternative ist nur die Steigerung der Logik von Attac, nicht eine emanzipatorische Kraft in der Gesellschaft. Die ersten Texte und Äußerungen der Wahlalternative zeigen, wo es langgehen wird. Darum lohnt eine Zusammenstellung.

Aus Programmen und Papieren der Wahlalternative ASG

Kursiv: Auszüge aus Schriften der Wahlalternative bzw. ähnlicher Parteien



Nicht-Wählen gleich Nichtstun, Parlamente bringen es ...

Die „Wahlalternative“ vertritt auch selbst die Meinung, dass Politik nur in Parlamenten was bringt und Nichtwählen gleichbedeutend mit politischer Abstinenz ist.

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de
Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse und Mitgliederbewegung der Parteien zeigen, dass viele BürgerInnen sich von der Politik der Agenda 2010 betrogen fühlen, zugleich keine politische Alternative sehen und sich daher zur Haltung der politischen Abstinenz entscheiden. Dies ist auch – aber nicht nur – ein wachsendes Problem für die engagierten Mitglieder in den Gewerkschaften.

Politische Resignation und Passivität bringen uns dem unverzichtbaren politischen Kurswechsel nicht näher. Nur wenn die sozialen Interessen und solidarisch-emanzipatorische Werthaltungen auch parlamentarisch-politisch zur Geltung gebracht werden, kann ein weiterer neoliberal bestimmter Umbau der Gesellschaft verhindert und eine andere Politik durchgesetzt werden. ...

Den vielen Betroffenen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft – Beschäftigten und Erwerbslosen, Rentnerinnen und Kranken, Studierenden, Alleinerziehenden und vielen anderen – und ihrer sozialen Unzufriedenheit fehlt ebenso eine parlamentarisch-politische Repräsentanz wie der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition oder den Gewerkschaften. ...

Bisher ist die Hauptantwort die, dass es darum geht, gesellschaftlichen Druck zu entwickeln und das politische „Klima“ so zu verändern, dass alle Parteien und Institutionen darauf reagieren und sich das politische Koordinatensystem wieder nach links verschiebt (und evtl. sich Bedingungen für weitergehende politische Prozesse ergeben). Dazu sei ein langer Atem notwendig. Die Antwort ist richtig, aber unzureichend. Sie lässt die Frage offen, wie sich die Menschen denn nun als politische Subjekte in den Situationen verhalten sollen, wenn sie mal die Wahl haben. Und vor allem blendet sie aus, wie wichtig die parlamentarisch-politische Ebene und institutionalisierte Machtpositionen zur Durchsetzung von Interessen, aber auch für die Entwicklung längerfristig mächtiger Diskurse und der öffentlichen Meinung sind. ...

Es geht um die Frage, wie und mit welchen parlamentarischen Kräften die Anliegen der außerparlamentarischen Bewegung – die selbstverständlich die primäre Bedeutung für fortschrittliche politische Veränderungen hat – in staatliches Handeln umgesetzt werden können.

Staat = Gesellschaft

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de
Ebenso desorientierend ist es, Lösungen gar nicht mehr in Veränderungen staatlicher Politik, sondern nur noch zivilgesellschaftlich und im Wirken dezentraler, selbstorganisierter Netzwerke und alternativer Zusammenhänge in Nischen der Gesellschaft zu suchen und damit aus der Not eine Tugend zu machen. ...

Ein aktives Einmischen erfordert vielmehr die Präsenz als eigenständiger politischer Akteur und erkennbare Alternative.

Für Minimalreformismus

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de
Mit einer bemerkenswerten Polemik steuert die Wahlalternative auf reformistisches Getue hin. Sie erklärt die Frage „Reform oder Revolution?“ für erledigt, nicht weil sie – was sinnvoll ist – keine sich ausschließenden Punkte sind, sondern weil sowieso nur noch Reform geht, je nur Reformismus. Die Partei bekennt sich also bereits zur Geburtsstunde zum Reformismus!

Es geht heute nicht um "Reform oder Revolution", sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.

Jubel für die parlamentarische Demokratie

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de
Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung politischer Veränderungen vorgibt, und die eine Errungenschaft darstellt.

„Nein, aber ...“ – Regierungsbeteiligung möglich

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de
Mit Blick auf einen erfolgreichen Wahlausgang geht es parlamentarisch ganz klar um Opposition, nicht um mögliche Beteiligung an einer Regierungskoalition, solange nicht die denkbaren Partner ihre Positionen grundlegend in unsere Richtung verändert haben und wieder reale Fortschritte durchsetzbar sind, wovon absehbar nicht auszugehen ist.

Arbeiterinnenpathos

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de
Ständig wird behauptet, die ArbeitnehmerInnen seien die Basis für linke Wahlentscheidungen, z.B. bisher für Rot-Grün. Tatsächlich ist aber das BildungsbürgerInnenentum die tragende Schicht vor allem der Grünen, aber auch der z.B. die SPD zum Wahlerfolg verhelfenden Proteste gegen den Irak-Krieg. Das ist auch bei der Wahlalternative so – das gut ausgebildete BürgerInnenentum stellt die Eliten der aktuellen außerparlamentarischen Opposition und wird das bei der Wahlalternative auch tun. Diese Schichten gehören nicht zu den Betroffenen, sondern zu den GewinnerInnen des neoliberalen Umbaus, weil sie hoch ausgebildet, flexibel und beweglich sind. Mit solchen Personen als dominante Gruppen, wird eine gesellschaftliche Veränderung nicht gelingen. Das ist aber ja auch gar nicht gewollt, sondern nur die Besetzung parlamentarischer Ebenen. In der Propaganda bleiben aber die ArbeiterInnen umhächelt ...

Das heißt, es muss ein breites Spektrum der Bevölkerung angesprochen werden. Im Kern sind das die Arbeitnehmermilieus, die auch die Hauptbasis für Rot-Grün sind bzw. waren.



Reich soll reich bleiben ...

Aus gleichem Programmtext

Die Klientel und die Eliten der Wahlalternative stammen überwiegend aus den höheren Einkommensschichten. Sie fordern daher auch nicht gleiches Lebensniveau, sondern:

Erwerbslose müssen Einkommensersatzleistungen in einer Höhe bekommen, die es ihnen ermöglichen, ihr bisheriges Lebensniveau weitgehend zu erhalten.



mees" oder in der Gründungsphase der Grünen liegt die Wahlalternative mit ihren Forderungen zu Militär:
Kein Einsatz der Bundeswehr „out of area“ ... Einfrieren und in der Folge die Reduzierung des Rüstungsetats.

Mehr Polizei!

Aus gleichem Programmtext

Rechtsstaat und Polizei können und müssen für Sicherheit vor Kriminalität sorgen und zugleich die Grundrechte der Menschen gewährleisten.

Platte Inhalte

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de

Die Wahlwerbung und Darstellung der Inhalte müssen populär, klar und einfach sein und Leute ansprechen und gewinnen, nicht ausgrenzen. ... Die zentralen Attribute, die mit dem Projekt verbunden werden müssen, sind: ... Wir sind das Volk ...

Die Vorbilder unter den NGOs ... sozialdemokratisch, langweilig, etabliert

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de

Aber auch die anderen zentralen Anliegen der demokratischen Bewegungen müssen aufgegriffen werden (v.a. Frieden, Ökologie, Frauen, Globalisierungskritik, offener Bildungszugang, Wissenschaftskritik, Interessen der MigrantInnen). Hier gibt es reichlich Vorarbeiten, etwa durch die Initiative für einen Politikwechsel, Memorandum-Gruppe, Attac, in Gewerkschaften usw. Hier sind bei allen Differenzen im Einzelnen und v. a. unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen genügend Gemeinsamkeiten vorhanden. Diese gemeinsamen Positionen fortschrittlicher sozialer und politischer Kräfte müssen populär dargestellt werden, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.

Arbeit, Arbeit, Arbeit

Aus dem Programmtext vom 20.6.2004, Quelle: www.wahlalternative.de

Das soziale Hauptproblem in Deutschland ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. ... Der wichtigste Beitrag zur Stärkung des Sozialstaats liegt daher in einer aktiven Beschäftigungspolitik.

Neo-Keynesianismus

Aus dem Programmtext vom 20.6.2004, Quelle: www.wahlalternative.de

Der Staat soll wieder regelnd und mit Investitionen eingreifen, um die Wirtschaft anzukurbeln (wer verdient daran eigentlich???)

Im Mittelpunkt muß die Stärkung der inländischen Nachfrage ... stehen. ... Zur Finanzierung des Zukunftsinvestitionsprogramms ist nur in wirtschaftlichen Schwächephasen kurzfristig eine höhere Kreditaufnahme nötig. Diese planmäßig einzugehen ist sinnvoll, um Krisen zu überwinden und einen Aufschwung einzuleiten.

Mythos Demokratie

Aus dem Programmtext vom 20.6.2004, Quelle: www.wahlalternative.de

Alles soll „demokratisiert“ werden, dann wird alles gut. Was Demokratisierung genau sein soll, wird selten gesagt – wenn, dann ist gemeint, dass die Nationalregierungen oder Parlamente mehr zu sagen haben sollen. Mit Mitbestimmung der Menschen hat das nichts zu tun.

Die europäische Zentralbank muss neben der Inflationsvermeidung ebenso auf eine beschäftigungsorientierte Politik verpflichtet und demokratischer Kontrolle unterstellt werden.

Keine Auflösung der Bundeswehr! Keine sofortige Abrüstung!

Aus gleichem Programmtext

Weit zurück hinter Forderungen z.B. wie „Bundesrepublik ohne Ar-



UNO als Machtblock mit Durchsetzungsstärke, für internationale Polizeistrukturen

Aus gleichem Programmtext

Die Antwort auf den internationalen Terrorismus heißt nicht Krieg, sondern Durchsetzung des internationalen Rechts, Aufwertung der Vereinten Nationen, die mit polizeilichen Sanktionsrechten auszustatten sind.



Strukturen

Interne Hierarchien gewollt

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de

Eine solche Herangehensweise muss die grundlegende Strategie der das Projekt als aktiver Kern tragenden und führenden Kräfte sein.

Aus „Nagelprobe für Linkspartei“, FR vom 14.7.2004

An diesem Abend geht es um Strukturen: Wie kommen die Ideen der Basis auch beim Bundeskoordinationsgremium an?

StellvertreterInnenentum gewollt

Aus dem Gründungspapier vom 15.3.2004, Quelle: www.wahlalternative.de

... unbestechliche VertreterInnen der einfachen Leute ...

Eliten sollen neue Partei führen!

Ratschläge von Gerd Mielke in „Das bedrohte Sein prägt das Bewusstsein“, FR vom 15.7.2004 (S. 8)

Ein Schwenk dieser Wähler zu einer neuen Partei links von der SPD erscheint vor allem wegen der für ein derartiges Manöver erforderlichen, respektablen Führungsgruppe kurzfristig als eine unwahrscheinliche Option. Derzeit scheinen keine überzeugenden Eliten bereit zu stehen, die Führungsrolle in einer neuen linken Partei zu übernehmen.

Rundherum um die neue Partei

Aus dem Volksbegehren für den Sturz des rot-roten Senats von Berlin, unterstützt u. a. von der GdP (<http://www.jungewelt.de/2004/07-03/024.php>)

Wir lehnen die Entsendung von Hillspolizisten („Kiez-Polizei“) in unsere Stadtteile ab und fordern den Einsatz regulärer Polizeibeamter. Hoheitliche Tätigkeiten müssen gut ausgebildeten und erfahrenen Polizisten vorbehalten bleiben, die um den hohen Stellenwert der Bürgerrechte wissen und problemadäquat handeln können.



Beispiel: Regenbogen

Partei, die in Hamburg von Grünen-AussteigerInnen gegründet wurde, die offenbar nix anderes können als Parlamentarismus. Im Jahr 2004 entstand ein breiteres Wahlbündnis – das dann die Lüge erfand, dass „alle relevanten Gruppen“ (Zitat der Spitzenkandidatin Heike Sudmann) dabei wären. Eine neue Partei, die gleich als erstes vereinnahmt. Bei der Wahl am 29.2.2004 bekam die Liste nur 1,1 Prozent – weniger als bei der letzten Wahl.

Heike Sudmann, Spitzenkandidatin der Regenbogenliste, nach der Hamburgwahl, in: Junge Welt am 25.9.2004:

Es ist uns gelungen, alle relevanten Kräfte in dieser Stadt zu bündeln. Das werden wir auf jeden Fall weiterführen. ...

Mit einer Fraktion hat man einen ganz anderen Zugang zur Presse. Deswegen haben wir auch immer gesagt, wir haben zwei Beine, Parlamentarismus und Außenparlamentarismus.

Jubelorgien in der Jungen Welt zur neuen Partei am Tag vor der Wahl (28.2.2004, S. 4):

Mit dem Wahlbündnis „Regenbogen“ stellt sich den an politischen Veränderungen interessierten Bürgern der zweitgrößten Stadt Deutschlands erstmals seit langem wieder eine Kraft, die auch von Linken wählbar ist und die sich deutlich vom Einheitsbrei abhebt.

„Regenbogen“ tritt für eine solidarische Politik ein. Eine Politik, „die nicht Menschen ausgrenzt, abschiebt, mitten in der Nacht aus der Wohnung holt, Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger nicht dazu zwingt, für eine Euro die Stunde zu arbeiten;“ wie es die Spitzenkandidatin Heike Sudmann gegenüber dieser Zeitung (siehe JW vom 27. Februar) formulierte. Und vor allem ist es ein Wahlbündnis, das auf Integration linker Positionen setzte, nicht auf Abgrenzung. Dafür kann man die Staat nur beglückwünschen, denn in den meisten anderen Bundesländern stellt sich eine solche Alternative derzeit nicht.

Heike Sudmann im Junge-Welt-Interview nach der Wahl (2.3.2004, S. 2):

Frage: Verglichen mit der letzten Bürgerschaftswahl haben Sie sogar Federn gelassen. Was bleibt da noch übrig vom vielbeschworenen Aufbruch der Linken?

Aus unserer Sicht hat der Aufbruch stattgefunden. In Hamburg ist es der Linken zum ersten Mal gelungen, sich trotz aller Differenzen auf gemeinsame Ziele zu verständigen und mit vereinten Kräften für eine solidarische Stadt zu kämpfen. Allein das markiert einen großen Aufbruch, der anhalten wird. ...

Wir werden die vereinte Kraft, die wir in diesem kurzen Wahlkampf gefunden haben, nicht verpuffen lassen. Eine andere Politik ist machbar – den langen Atem dafür haben wir!